



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

02. Januar 2023

Ägypten

Vier Personen bei IS-Angriff getötet

In der nordwestlich gelegenen Stadt Ismailia sollen am 30.12.22 bei einem bewaffneten IS-Angriff auf einen Kontrollpunkt der Polizei drei Sicherheitskräfte getötet und mindestens zwölf weitere Personen, die Mehrheit von ihnen Rekruten, verletzt worden sein. Bei dem vierten Toten soll es sich staatlichen Medienangaben zufolge um einen der Angreifer handeln.

Äthiopien

Weiterführende Gespräche zwischen Regierung und TPLF

Am 26.12.22 traf nach zwei Jahren wieder eine hochrangige Regierungsdelegation in Mekele ein, um sich mit TPLF-Vertretenden über humanitäre Hilfen, Handel und Grundversorgung auszutauschen. Inhalt der Gespräche war u.a. die Schaffung eines vollständigen Zugangs in alle Teile Tigrays sowie der Abzug eritreischer Truppen aus dem Gebiet. Vertretende der TPLF warfen eritreischen und amharischen Truppen vor, sich nach wie vor in Tigray aufzuhalten und so zu einer unvollständigen Versorgungslage v.a. im Westen Tigrays beizusteuern.

Das äthiopische Rote Kreuz berichtete von logistischen Schwierigkeiten, die eine Verteilung von Hilfsgütern erschweren würden. Dennoch erreichen vermehrt Hilfsgüter weite Teile Tigrays. Neben der Einfuhr von Lebensmitteln und Medikamenten konnten vereinzelt Bankdienstleistungen wiederaufgenommen werden. Zudem wird die Hauptstadt Mekele wieder von Ethiopian Airlines angefliegen, weitere Anbindungen sollen folgen. Auch die Grundversorgung mit Strom und humanitärer Hilfe – v.a. im Norden der Region – stabilisiere sich.

Äthiopien / Eritrea

Augenzeugen berichten von Rückzug der eritreischen Armee aus Tigray

Zwei Monate nach dem unter Vermittlung der Afrikanischen Union (AU) geschlossenen Waffenstillstand in der äthiopischen Konfliktregion Tigray, sollen sich die Eritrean Defense Forces (EDF) aus den Städten Shire und Axum in Richtung eritreischer Grenze zurückgezogen haben. Der Abzug der EDF, die aufseiten der äthiopischen Zentralregierung gegen die Tigray Defense Forces (TDF) gekämpft hatten, war wesentlicher Bestandteil der zwischen der äthiopischen Regierung und der Regionalregierung Tigrays getroffenen Vereinbarung zur Beendigung der zweijährigen Kämpfe. Tatsächlich wurde weiterhin von anhaltendem Artilleriebeschuss mit zivilen Toten und Plünderungen durch eritreische Einheiten berichtet (vgl. BN v. 21.11.22). Eritreas Informationsminister Yemane Gebremeskel erklärte am 30.12.22, er könne die Informationen über den Abzug weder bestätigen noch dementieren.

Afghanistan

Ausbildungs- und Arbeitsverbote für Frauen

Nachdem die Taliban am 20.12.22 verkündet hatten, dass Frauen bis auf Weiteres keine Universitäten mehr besuchen dürften, folgte am 24.12.22 die Anweisung, dass Frauen nicht mehr für Nichtregierungsorganisationen arbeiten dürften. Letztere Anweisung wurde damit begründet, dass einige für NGOs arbeitende Frauen die islamische Kleiderordnung nicht eingehalten hätten. Mehrere NGOs haben daraufhin ihre Arbeit pausiert. Die Vereinten Nationen erklärten, sie wollten trotz der Einschränkungen humanitäre Hilfseinsätze fortsetzen.

Anschlag im militärischen Bereich des Kabuler Flughafens

Laut Medienberichten hat es am 01.01.23 am Eingang zum militärischen Bereich des Flughafens in Kabul ein Selbstmordattentat in Form einer Bombenexplosion gegeben, bei welchem laut den Taliban zehn Zivilisten gestorben und acht verletzt wurden. Laut Augenzeugen sollen auch Talibankämpfer dabei getötet worden sein. Niemand bekannte sich zu der Tat.

Öffentliche Auspeitschungen

Am 28.12.22 wurden laut einer Meldung des afghanischen Exil-Pressemediums Hasht-e Sub im Distrikt Qarghayi der ostafghanischen Provinz Laghman eine Frau und fünf Männer wegen angeblicher außerehelicher Beziehungen öffentlich ausgepeitscht. Am 31.12.22 sind laut Hasht-e Subh in der Provinz Paktia vier Männer und eine Frau nach einem Gerichtsurteil wegen vorehelicher Beziehungen und Raub ausgepeitscht worden. Am 27.12.22 waren in der Provinz Laghman vier Männer und zwei Frauen aus ähnlichen Gründen ebenfalls ausgepeitscht worden. Am 26.12.22 wurden zehn Männer in der Provinz Herat ausgepeitscht, weil sie Alkohol getrunken, Drogen verkauft oder konsumiert und Frauen belästigt haben sollen. Seit die Aussicht der Taliban auf internationale Anerkennung schwindet, kehren sie zunehmend zu ihrer repressiven Politik ihrer ersten Amtszeit (1996-2001) zurück (vgl. BN v. 19.12.22).

Ausreiseverbote

Das afghanische Exil-Pressemedium Hasht-e Sub berichtet, dass es Kenntnis über eine Liste von 11.000 Personen erhalten habe, denen die Taliban die Ausreise verbieten. Dabei soll es sich um Personen handeln, die Mitglieder der Nationalen Widerstandsfront (NRF) seien, ehemalige Mitarbeiter der nationalen Sicherheit, Mitglieder des Islamischen Staats der Khorasan Provinz (ISKP), Richter, Sicherheitskräfte und eine Reihe von Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Gesellschaft, die als Gegner der Taliban gelten.

Algerien

Druck auf Medien nimmt zu

Laut verschiedenen Berichten verstärkt sich der Druck auf freie Medien sowie Journalistinnen und Journalisten. Der Journalist und Direktor der Nachrichtenagenturen Radio M und Maghreb Emergent, Ihsane El Kadi, wurde am 24.12.22, kurz bevor die Räumlichkeiten von Radio M und Maghreb Emergent durchsucht und Computer und Dokumente beschlagnahmt wurden, festgenommen.

Bangladesch

Verschlechterung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit

In einem Bericht zur Menschenrechtsslage für das Jahr 2022 stellt die Human Rights Support Society (HRSS) die Behinderung von friedlichen Versammlungen der Oppositionsparteien, gewaltsames Verschwindenlassen von Führungsfiguren der Opposition, Massenverhaftungen und Einschüchterung durch häusliche Razzien fest. In Zahlen wurden 123 der Opposition angehörende Personen erschossen, 3.038 aus politischen Gründen inhaftiert und 2.257 durch staatlichen Gewalteinsatz verletzt. Auch andere Quellen stellten 2022 eine Verschlechterung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Land fest. Zudem seien Menschenrechtsorganisationen verschiedensten Formen von Repressionen ausgesetzt und würden an ihrer Arbeit gehindert werden.

Benin

Journalist nach zwei Tagen aus Polizeigewahrsam entlassen

Das Gericht zur Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen und Terrorismus (Cour de répression des infractions économiques et du terrorisme, CRIET) hat am 22.12.22 die Freilassung des Journalisten Virgile Ahouanssé aus dem Polizeigewahrsam angeordnet. Ahouanssé war dort laut Medienberichten wegen des Vorwurfs der Verbreitung falscher, den öffentlichen Frieden störender Nachrichten, 48 Stunden inhaftiert gewesen. Hintergrund ist eine Sendung in seinem Webradio vom 14.12.22, in der die Polizei auf der Basis von Zeugenaussagen bezichtigt wird, in der Hauptstadt Porto-Novo etwa zwanzig außergerichtliche Hinrichtungen begangen zu haben. Bis zu seinem für den 13.02.23 angesetzten Strafprozess, muss sich Ahouanssé nun immer freitags bei der Polizei melden.

Côte d'Ivoire

Urteil zum Terroranschlag von 2016 in Grand Bassam

Im Gerichtsverfahren zum vom al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI) für sich beanspruchten Terroranschlag auf den touristischen Küstenort Grand Bassam wurden elf Angeklagte, allesamt malische Staatsangehörige, zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Es ergingen auch Freisprüche; insgesamt waren 18 Personen angeklagt. Anwesend beim Prozess waren nur vier Personen, die wegen Beihilfe zu dem Terroranschlag verurteilt wurden, aber ihre Schuld bestritten. Die anderen Angeklagten hatten nicht gefasst werden können, darunter auch Kounta Dallah und Ould Baba, die als Drahtzieher des Anschlags gelten. Bei dem Anschlag auf Hotels und Restaurants vom 13.03.16 (vgl. BN v. 14.03.16) starben 19 Personen, darunter zehn Ausländer; 33 Personen wurden verletzt. Sicherheitskräfte töteten zudem drei Angreifer.

DR Kongo

Kinshasa: Festnahme von zwei Menschenrechtsaktivisten

Laut Medienbericht, der sich auf den Vorsitzenden der NGO Assistance aux personnes vulnérables et enfants du Congo (APVEC), Maïck Lukadi, berief, nahmen Polizeikräfte am 14.12.22 zwei für APVEC tätige Menschenrechtsaktivisten in der Gemeinde Barumbu/Kinshasa wegen ihrer Arbeit fest. Lukadi kritisierte zum wiederholten Male das harte Durchgreifen der Polizeikräfte in Barumbu gegen APVEC zugehörige und andere Menschenrechtsverteidigende. Im Mai 2021 seien drei APVEC-Aktivisten Opfer von Folter und anderweitigen Misshandlungen durch die Polizeikräfte geworden, weil diese versucht hätten, die örtliche Bevölkerung zu einer Teilnahme an einer Demonstration zu mobilisieren. Die drei Aktivisten, die an unbekanntem Orten festgehalten worden seien, seien erst auf Druck mehrerer Menschenrechts-NGOs freigelassen worden.

Nord-Kivu: Zunahme der Binnenvertreibung; UN-Bericht: Ruanda militärisch aktiv und Unterstützer der M23

Das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) zählte allein seit März 2022 und nur infolge der Kampfhandlungen zwischen der Rebellengruppe Mouvement 23-Mars (M23) und den kongolesischen Streitkräften (FARDC) in den Territorien Rutshuru und Nyiragongo der Provinz Nord-Kivu mindestens 521.000 intern Vertriebene sowie mehr als 7.000 kongolesische Flüchtlinge in Uganda. Die mehrheitlich in Nyiragongo aufhältigen Binnenvertriebenen lebten in überfüllten behelfsmäßigen Aufenthaltslagern, Kirchen, Schulen und bei Gastfamilien unter teilweise prekären, existenziellen und unhygienischen Bedingungen, die bereits zu Toten geführt haben (vgl. BN v. 28.11.22). Die unbeständige Sicherheitslage und der jüngste Ausbruch einer Choleraepidemie, die bereits mehrere Todesopfer unter Binnenvertriebenen gefordert habe, erschwere humanitäre Hilfsmaßnahmen (vgl. BN v. 12.12.22). In der Presse wird weiterhin über Kampfhandlungen in den Kontrollgebieten der M23 berichtet, überwiegend zwischen M23 und anderen teils koalierenden bewaffneten nichtstaatlichen Gruppen. M23, die sich gemäß Erklärung vom 23.12.22 zumindest zuletzt aus dem 20 km nördlich von der Millionenstadt Goma liegenden und vormals von ihr kontrollierten Ort Kibumba zurückgezogen haben soll, wird laut Bericht einer unabhängigen UN-Expertengruppe vom 28.12.22 von Ruanda verschiedenartig unterstützt. Die UN-Experten werden in Medienberichten dahingehend zitiert, dass für den Zeitraum November 2021 bis Oktober 2022 „substanzielle Beweise für eine direkte Intervention der ruandischen Armee auf dem kongolesischen

Territorium vorliegen, entweder zur Stärkung der M23 oder zur Durchführung militärischer Operationen gegen die ruandische Rebellengruppe Democratic Forces for the Liberation of Rwanda (FDLR)“, die ihrerseits, wie weitere nichtstaatliche bewaffnete Gruppen von der FARDC, unterstützt werden sollen.

El Salvador

Regierungsbilanz, Ausnahmezustand und Gewalt 2022, Einwände NGOs: Bericht HRW Dezember 2022

Der seit März 2022 andauernde Ausnahmezustand blieb auch über den Jahreswechsel bestehen. Laut Regierungsangaben seien bereits mehr als 60.000 Personen mit vermeintlichem Bandenbezug verhaftet worden, Umfragen lokaler Träger, wie dem Instituto Universitario de Opinión Pública de la Universidad Centroamericana im Oktober 2022 zufolge, befürwortete die Mehrheit der Zivilgesellschaft den Ausnahmezustand. Während die Regierung unter Staatspräsident Bukele von einer erfolgreichen Bilanz dieser Maßnahme und einer Reduktion der Tötungsdelikte auf eine Mordrate von voraussichtlich 8 pro 100.000 Personen Ende 2022 (2015: 108/ 100.000 laut Weltbankangaben) inkl. zwei Wochen ohne Tötungsdelikte im Dezember 2022 spricht, sehen viele nationale und internationale NGOs den Ausnahmezustand und seine Aktionen sowie Folgen kritisch. In einem gemeinsamen Report mit Cristosal vom 07.12.22 betont HRW abermals die zahlreichen über Monate andauernden Menschenverletzungen durch Polizei und Militärkräfte und kritisiert den fehlenden Zugang zu umfangreichen, staatlichen Mord- und Kriminalitätsstatistiken zur umfassenden Bewertung der Situation. Der auf etwa 1.000 zwischen März und November 2022 landesweit geführten Interviews beruhende Report spricht u.a. von „willkürlichen Verhaftungen, gewaltsamem Verschwindenlassen, Folter und anderen Misshandlungen von Gefangenen“, Isolationshaft sowie zahlreichen Todesfällen in Haft, die eine staatliche Verantwortlichkeit vermuten lassen. Durch die nochmals erheblich gestiegene Überbelegung in Gefängnissen mittels dieser hohen Zahl an Verhaftungen hätten sich zudem die generellen Haftbedingungen verschlechtert; auch Prozessgarantien würden nicht eingehalten, die Judikative sei in großen Teilen regierungstreu.

Gambia

Angebliche Pläne für Staatsstreich vereitelt, UDP-Wahlkampfleiter inhaftiert, Polizeigewalt

Laut Regierung konnten Pläne eines Staatsstreiches einiger Militärangehöriger diverser Truppengattungen in Komplizenschaft mit Zivilpersonen im In- und Ausland gegen die Regierung von Präsident Adama Barrow am 20.12.22 vereitelt werden; die Situation sei unter Kontrolle. Es liegen keine unabhängigen Agentur- oder Presseberichte vor, die die Regierungsangaben bestätigen. Die Lage in der Hauptstadt Banjul wird in der weitgehend einhelligen Berichterstattung bis zum heutigen Tage als ruhig beschrieben. Augenzeugen hätten jedoch über die Anwesenheit von Militärangehörigen um den Präsidentenpalast in Banjul am Abend des 20.12.22 berichtet. Regierungsangaben zufolge seien bisher sieben Militärangehörige, zumeist Unteroffiziere niederen Ranges einschließlich des mutmaßlichen Urhebers und Anführers des geplanten Putschvorhabens, Sanna Fadera, festgenommen worden. Anklageerhebungen seien bisher nicht offiziell bekanntgegeben worden. Zwei weitere gesuchte Verdächtige seien auf der Flucht. Die Regierung setzte am 27.12.22 offiziell eine umstrittene Untersuchungskommission zur Untersuchung der mutmaßlichen Umsturzpläne ein. Es ist nicht bekannt, ob eine Verbindung mit dem exilierten Altpräsident Yahya Jammeh besteht, wie es bei den geplanten Umsturzplänen mehrerer Soldaten im Jahr 2017 der Fall gewesen sein soll. Erst am 17.12.22 wandte sich Jammeh an seine Anhängerschaft und kündigte seine Rückkehr in das Land sowie an die Staatsspitze an, so Medienberichte.

Die Polizei nahm am 21.12.22 Momodou Sabally, vormaliger Minister für Präsidentsache unter Jammeh sowie aktueller Wahlkampfleiter der Hauptoppositionspartei United Democratic Party (UDP) fest. In einer Polizeierklärung wird zur Begründung der Festnahme angeführt, dass Sabally in einem TikTok-Kurzvideo erklärt habe, dass Präsident Barrow noch vor den anstehenden Kommunalwahlen im Jahr 2023 abgesetzt werden wird. Mehrere am Video mitwirkende UDP-Angehörige seien verhört worden. Laut Medienberichten befand sich Sabally bis einschließlich zum 30.12.22 ohne Anklage in Haft und angeblich teilweise ohne Zugang zu seinem Anwalt. Die Freilassung komme überraschend und offenbar auf Intervention des quasi-staatlichen Obersten Islamischen Rates, denn am 23.12.22 habe ein Gericht einem Antrag der Generalstaatsanwaltschaft auf Verlängerung der Haft über die gesetzlich zulässige Frist von 72 Stunden hinaus ohne Gewährung rechtlichen Gehörs bis einschließlich 05.01.23

stattgegeben. Saballys längere Fest- und Inhaftnahme ohne förmliches Verfahren werde in zivilgesellschaftlichen und oppositionellen Kreisen stark kritisiert und u.a. als politisch motiviert sowie Angriff auf die Meinungsäußerungsfreiheit bezeichnet. Die UDP erklärte, dass das kurz zusammengeschnittene Video den Standpunkt Saballys nicht korrekt wiedergeben würde und dieser weder erklärt noch angedeutet habe, dass ein verfassungswidriger Regierungswechsel angestrebt werde. Polizeikräfte reagierten am 26.12.22 auf einen friedlichen Protestmarsch für die Freilassung Saballys von rd. 30 Personen mit Tränengas und Gewalt. Dabei sei Medienberichten zufolge eine Person festgenommen und ein Aktivist von Polizeikräften verletzt worden.

Kamerun

Urteil gegen Journalisten nach sechsjähriger Untersuchungshaft

Der frühere Generaldirektor des staatlichen Fernsehsenders Cameroon Radio and Television (CRTV) Amadou Vamouké wurde nach rd. sechseinhalb Jahren Untersuchungshaft (vgl. BN v. 24.01.22) am 21.12.22 zu einer zwölfjährigen Gefängnisstrafe und einer Geldstrafe von 47 Mio. XAF (rd. 71.650 EUR, Stand: 02.01.23) verurteilt. Begründung für die Verurteilung seien die Veruntreuung von umgerechnet 24.300 EUR für eigenen Urlaub sowie die Gewährung nicht genehmigter Boni an Mitarbeitende. Der Prozess gegen Vamouké vor einem Sondergericht für schwere Korruptionsfälle war 137 Mal vertagt worden. Seine Rechtsanwältin soll Kassationsbeschwerde eingelegt haben. Die NGO Committee to Protect Journalists (CPJ) kritisierte das Urteil als unfair. CPJ forderte angesichts Vamoukés Alter und Gesundheit sowie der Haftbedingungen im Zentralgefängnis Kondengui dazu auf, diesen sofort auf Kautions zu entlassen. Nach der Zählung von CPJ ist Vamouké einer von fünf inhaftierten Journalisten in Kamerun, womit das Land auf Platz drei in Afrika liegt. Eine weitere NGO, Reporter ohne Grenzen (RSF), das Vamouké als einzigen inhaftierten Journalisten zählt, kritisierte das Urteil ebenfalls scharf und forderte die Vorwürfe fallenzulassen.

Amnesty International (ai) fordert Freilassung von Aktivisten

In einer Pressemitteilung vom 22.12.22 fordert ai, den Friedensaktivisten Abdul Karim Ali entweder sofort freizulassen oder seine Haft auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Er sei am 11.08.22 in Bamenda (Region Nordwest) von Gendarmen ohne Haftbefehl festgenommen worden; seitdem sei auch keine Anklage gegen ihn bekannt. Die Haftbedingungen vor der nach 84 Tagen erfolgten Überführung nach Yaoundé seien inhuman gewesen. Ali soll den Anführer einer regierungsnahen Miliz in der ebenfalls anglophonen Region Südwest wegen Folterungen kritisiert haben. Am 23.08.22 bzw. 19.11.22 seien zwei seiner Fahrer ebenfalls verhaftet worden. Außerdem habe Alis Frau Drohanrufe erhalten, die sie veranlasst hätten, aus ihrem Zuhause zu fliehen.

Kenia

Zwei Tote bei Schusswechsel zwischen kenianischen Streitkräften und al-Shabaab im Bezirk Lamu

Lokalen Presseberichten zufolge sind am 29.12.22 bei einem Feuergefecht zwischen kenianischen Sicherheitskräften und mutmaßlichen al-Shabaab-Kämpfern an der kenianischen Küste zwei Menschen getötet worden. Bei der Schießerei an einer Straßensperre, die die Aufständischen auf der Hauptstraße des Bezirks Lamu errichtet hatten, wurden vier Menschen befreit. Sie waren zuvor von den Kämpfern auf der Straße in der Nähe der Stadt Witu aus ihren Fahrzeugen heraus aufgegriffen worden. Laut Polizeiangaben hatten sich die al-Shabaab-Kämpfer als Polizisten verkleidet und Fahrzeuge angehalten, die auf der Straße durch den Witu-Wald fuhren, der seit Jahren von den Kämpfern auch als Stützpunkt genutzt wird. Bereits am 26.12.22 wurden in der Nähe zwei Menschen bei einem weiteren mutmaßlichen al-Shabaab-Angriff im Dorf Taa im Bezirk Witu getötet.

Kolumbien

Waffenstillstand mit fünf bewaffneten Gruppierungen, Ende der ersten Verhandlungsrunde mit ELN-Guerilla

Staatspräsident Petro hat am 31.12.22 eine beidseitige Waffenruhe zwischen staatlichen Sicherheitskräften und den fünf wichtigsten, nicht-staatlichen bewaffneten Gruppierungen (Ejército de Liberación Nacional (ELN), Segunda Marquetalia, Estado Mayor Central, den Autodefensas Gaitanistas de Colombia (AGC, auch Clan del Golfo

genannt) und den Autodefensas de la Sierra Nevada) sowie Friedensgespräche mit diesen verkündet. Nationale sowie internationale Verifikationsmechanismen sollen die Einhaltung des Waffenstillstands überwachen, dieser soll zunächst sechs Monate bis Ende Juni 2023 gelten, die einzelnen Bedingungen sollen in separaten Abkommen festgehalten werden.

Bereits zuvor hatte die erste Dialogrunde zwischen Regierungsvertretenden und der Führung der ELN in Caracas geendet. In deren Rahmen wurden humanitäre Maßnahmen und Erleichterungen für zwei Regionen nahe der Pazifikküste, Bajo Calima im Departement Valle del Cauca und Medio San Juan in Chocó, beschlossen. Auch aus dem Gebiet Alto Andágueda in Chocó vertriebene indigene Embera sollen dorthin zurückkehren können. Zudem hatte die ELN bereits über die Weihnachtstage und den Jahreswechsel einen einseitigen Waffenstillstand umgesetzt sowie am 27.12.22 einen entführten Marine-Offizier freigelassen.

Liberia

Größtes Gefängnis überfüllt

Liberias größte Haftanstalt, das Monrovia Central Prison, weigert sich aufgrund von Überbelegung und aus Angst vor dem Ausbruch von Krankheiten neue Insassen aufzunehmen. Das geht aus Medienberichten vom 15.12.22 hervor, die sich auf Angaben des Justizministeriums und Aussagen von Wachpersonal berufen. Dies betrifft Personen, denen verhältnismäßig geringfügige Taten vorgeworfen werden. Statt sie zu inhaftieren, sollen sie in ihre Gemeinden gebracht und dort unter die Beobachtung von Gemeindevorstehern gestellt werden.

Modernes Krankenhaus eingeweiht

Liberias Präsident George Weah hat am 28.12.22 laut Medienberichten das in der Ortschaft Bopolu neu errichtete Emirates Hospital seiner Bestimmung übergeben. Die Einweihung ist Teil eines Vorzeigeprogramms der Regierung, der Pro Poor Agenda for Prosperity and Development (PAPD), die u.a. den Ausbau des Gesundheitssektors voranbringen soll. Ziel ist es, der Bevölkerung den Zugang zu modernen Gesundheitseinrichtungen zu erleichtern, vor allem auch in ländlichen Gebieten. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben das neue Krankenhaus maßgeblich finanziert. Laut Medienberichten hat es eine Kapazität von 100 Betten und mehrere Fachabteilungen.

Libyen

Gericht verurteilt 17 ehemalige Mitglieder des IS zum Tode

Laut Bekanntgabe der obersten Staatsanwaltschaft in Tripolis vom 19.12.22 wurden 17 vermeintlich ehemalige IS-Mitglieder zum Tode verurteilt; ihnen wurde die Tötung von 53 Personen in der westlibyschen Stadt Sabratha sowie die Zerstörung öffentlichen Eigentums vorgeworfen. Gegen weitere 16 vermeintliche IS-Mitglieder wurden Gefängnisstrafen verhängt, zwei von ihnen erhielten eine lebenslange Haftstrafe. Der Zeitpunkt der Vollstreckung der Urteile sowie die Nationalität der Angeklagten ist nicht bekannt.

Mit dem Sturz von Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 weitete der IS seinen Einflussbereich in Libyen aus und brachte zeitweise Städte wie Derna, Sirte und Sabratha unter seine Kontrolle.

Mali

Unterzeichnergruppen setzen Friedensabkommen von Algier aus

Bewaffnete Gruppierungen aus dem Norden des Landes, darunter die Koalition Coordination des mouvements de l'Azawad (CMA), beschlossen am 22.12.22 das Friedensabkommen von Algier, das am 15.05.15 geschlossen worden war, auszusetzen. Laut Medienberichten werfen die Gruppierungen den Behörden der Übergangsregierung vor, ihren Teil des Abkommens nicht umsetzen zu wollen. Sie fordern ein Notfalltreffen mit der Regierung auf neutralem Terrain.

Mali / Côte d'Ivoire

Ivorische Soldaten und Soldatinnen zu schwersten Strafen verurteilt

Im Prozess gegen die 49 ivorischen Soldatinnen und Soldaten, die direkt bei ihrer Ankunft am 10.07.22 am Flughafen Bamako festgenommen worden waren und denen seitens Malis vorgeworfen wird, ausländische Söldner bzw. Söldnerinnen zu sein (vgl. BN v. 29.08.22), wurde am 30.12.22 das Urteil gesprochen. Das Kontingent hätte laut ivorischer Regierung als Unterstützungskräfte für die UN-Blauhelmission MINUSMA in Mali dienen sollen. Wie Medien weiter berichten, wurden die 46 weiterhin inhaftierten Soldaten zu jeweils 20 Jahren Haft verurteilt. Gegen die drei Soldatinnen, die am 03.09.22 freigelassen worden (vgl. BN v. 05.09.22) und nach Côte d'Ivoire zurückgekehrt waren, wurde in Abwesenheit jeweils die Todesstrafe verhängt. Anklagepunkte sollen insbesondere Attentat auf und Verschwörung gegen die Regierung, Angriff auf die äußere Sicherheit des Staates, Tragen von Kriegswaffen mit dem Ziel, die öffentliche Ordnung zu stören, gewesen sein.

In seiner Ansprache zum Jahresende äußerte sich der ivorische Staatspräsident Alassane Ouattara optimistisch, dass die 46 Soldaten bald in ihr Land zurückkehren werden. Dabei ging er nicht auf das Urteil ein. Am 22.12.22 war es unter togoischer Vermittlung gelungen, ein nicht öffentliches Memorandum zwischen Mali und Côte d'Ivoire zu schließen. Berichtet wird, dass u.a. die Freilassung der Soldaten vereinbart worden sei. Der Chef der malischen Junta, Assimi Goïta, könnte möglicherweise Begnadigungen aussprechen. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) ließ das Ultimatum an Mali zur Freilassung der ivorischen Soldaten bis zum 01.01.23 verstreichen.

Niger

Erfolg im Kampf gegen bewaffnete Banden

Mindestens 86 Mitglieder bewaffneter Banden haben laut Medienberichten vom 06.12.22 in der südwestlichen Region Tahoua im Rahmen einer Zeremonie ihre Waffen abgegeben und der Gewalt abgeschworen. Auch forderten sie die Regierung auf, für mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu sorgen. Die Gegend zählt zum Operationsgebiet von Banden, die in Niger und Nigeria Gewalttaten begehen, u.a. Entführungen zum Zweck der Lösegelderpressung.

Militär tötet fünf Islamisten

Bei Zusammenstößen zwischen nigrischen Truppen und Boko Haram-Kämpfern im Südosten des Landes sind offiziellen Angaben zufolge am 22.12.22 nahe der nigerianischen Grenze fünf Islamisten getötet und zwei Armeeingehörige leicht verletzt worden. Die Zusammenstöße hätten in der Nähe der Ortschaften Bagué und Tchoungoua in der Region Diffa unweit des Tschadsees stattgefunden. Vier Sturmgewehre der Islamisten hätten von Militärangehörigen sichergestellt werden können.

Nigeria

Festnahmen anlässlich „gay wedding“

Übereinstimmenden Medienberichten zufolge hat die islamische Hisbah-Polizei am 18.12.22 im nördlichen Bundesstaat Kano 19 junge Musliminnen und Muslime festgenommen, die angeblich die Eheschließung eines homosexuellen Paares feiern wollten. Einer Meldung zufolge sollen die Festgenommenen nicht bestraft, sondern einer Art Beratung (engl.: counselling) unterzogen werden. Die 15 Frauen und vier Männer bestreiten die Vorwürfe. Bei „Hisbah-Polizeieinheiten“ handelt es sich um dezentral agierende, nichtstaatliche Gruppierungen von Muslimen, die sich der Überwachung der Beachtung sowie der Durchsetzung religiöser Regeln verpflichtet fühlen.

Katholische Geistliche entführt

Im südnigerianischen Bundesstaat Abia ist am 17.12.22 ein katholischer Priester entführt worden. In Medienberichten wird darauf hingewiesen, dass sich der Vorfall nur wenige Tage nach der Freilassung eines anderen, am 08.11.22 im nordnigerianischen Bundesstaat Kaduna entführten katholischen Geistlichen ereignete. Die Taten sind keine Einzelfälle. Die Erpressung von Lösegeld ist dabei ein häufig wiederkehrendes Motiv. 2022 wurden aus mehreren Regionen des Landes Entführungen von Priestern gemeldet (vgl. BN v. 18.07.22 u. 29.08.22).

Kaduna State: Tote bei Angriffen auf mehrere Ortschaften

Bewaffnete Unbekannte haben am 18.12.22 über 20 Bewohner von Dörfern in der Local Government Area (LGA) Kaura im nördlichen Bundesstaat Kaduna getötet. Die Zahl der in Medienberichten angegebenen Opfer schwankt und wird mit bis zu mindestens 38 angegeben. Kriminelle Banden greifen in der Region bereits seit Jahren Orte an, um zu plündern und Menschen zum Zwecke der Lösegelderpressung zu entführen (vgl. BN v. 01.08.22 u. 15.08.22).

Zamfara State: Luftwaffe tötet Dutzende

Am 18.12.22 haben die nigerianischen Streitkräfte in der Local Government Area (LGA) Maru im nordwestlichen Bundesstaat Zamfara mindestens 64 Personen bei Luftschlägen getötet. Die Luftangriffe richteten sich gegen als Terroristen bezeichnete, in der Region agierende kriminelle Gruppierungen. Aus Medienberichten geht hervor, dass unter den bei dem Militäreinsatz Getöteten auch Zivilistinnen und Zivilisten sind. Zamfara gilt als einer der von Banditentum seit längerem besonders betroffenen Bundesstaaten im Nordwesten des Landes (vgl. BN v. 28.11.22).

Pakistan

Sicherheitslage: Wiedererstarben der TTP

Seitdem die pakistanischen Taliban (Tehreek-e-Taliban Pakistan, TTP) den Waffenstillstand mit der Regierung Ende November 2022 einseitig aufgekündigt hatten (vgl. BN v. 06.12.22), ereigneten sich vermehrt gewalttätige Anschläge. Am 26.12.22 fanden etwa neun Anschläge in der Provinz Belutschistan statt, bei denen mindestens sechs Sicherheitskräfte getötet wurden. Zu zwei dieser Anschläge bekannte sich die TTP. Am 23.12.22 bekannte sich die TTP in der Hauptstadt Islamabad zu einem Selbstmordanschlag vor einem Polizeipräsidium bei dem mindestens ein Polizist ums Leben kam. Zudem wurden mindestens vier weitere Sicherheitskräfte und zwei Zivilpersonen verletzt. Am 20.12.22 beendete das pakistanische Militär eine Geiselnahme in einer Haftanstalt für Terrorverdächtige im Distrikt Bannu in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa. Spezialkräfte töteten bei der Befreiungsaktion laut Medienberichten mehr als 33 Personen, die Sicherheitspersonal über 40 Stunden lang als Geiseln genommen hatten. Unter den Tätern waren auch Kämpfer der TTP. Zudem sind laut behördlichen Angaben zwei Soldaten sowie mehrere Häftlinge und Sicherheitskräfte verletzt worden. Laut Einschätzung des Pakistan Institute for Peace Studies (PIPS) haben die TTP und ihr nahestehende Gruppierungen von Januar bis November 2022 über 150 Anschläge verübt, bei denen mehr als 150 Menschen, davon größtenteils Sicherheitskräfte, getötet wurden.

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Westjordanland: 2022 höchste Zahl an Toten seit 2005

Am 22.12.22 erschoss das israelische Militär einen Palästinenser bei Auseinandersetzungen zwischen dem Militär und bewaffneten Personen nahe der Stadt Nablus. Die Auseinandersetzungen entstanden als das Militär jüdische Gläubige zu einer Pilgerstätte eskortierten. Fünf weitere Personen wurden verwundet. Die militante Gruppierung Hamas gab kurz darauf bekannt, dass es sich bei dem Getöteten um einen ihrer Kämpfer gehandelt haben soll. Mehr als 150 palästinensische Personen wurden im Jahr 2022 durch das israelische Militär im Westjordanland getötet. Damit handelt es sich um die höchste Zahl an Getöteten, seit die UN im Jahr 2005 die systematische Erfassung von Todesopfern begann. Den israelischen Behörden zufolge handelt es sich bei einem Großteil der Getöteten um Angehörige von Milizen und bewaffneten Gruppierungen. 29 Israelis wurden in demselben Zeitraum durch bewaffnete palästinensische Personen getötet, darunter Angehörige des Militärs wie auch Zivilpersonen. Am frühen Morgen des 02.01.23 wurden zwei Palästinenser bei Auseinandersetzungen mit dem israelischen Militär in der Ortschaft Kafr Dan, nahe der Stadt Jenin im Norden des Westjordanlandes, erschossen. Einer Stellungnahme des Militärs zufolge befanden sich die Soldatinnen und Soldaten in der Ortschaft, um den Abriss der Familienhäuser zweier Anwohner durchzuführen, welche im September 2022 einen israelischen Soldaten töteten. Vor Ort trafen die Militärsangehörigen auf bewaffnete Personen. Die Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden verkündeten, dass einer der Getöteten ein Mitglied der Gruppierung gewesen sei.

Israel/Westjordanland: Anklage gegen zwei Militärsangehörige erhoben

Medienberichten vom 29.12.22 zufolge erhob das israelische Militär Anklage gegen zwei von drei Soldaten, welche im November 2022 ein palästinensisches Wohnhaus mit einem Sprengsatz angriffen. Es wird von einem Vergeltungsakt ausgegangen, der sich gegen die Entführung der Leiche eines israelischen Jugendlichen aus einem palästinensischen Krankenhaus durch palästinensische Milizenangehörige richtete. Die Anklage gegen den dritten beteiligten Soldaten solle offiziellen Angaben nach noch folgen. Internationale Beobachtende begrüßten den Vorstoß. Strafverfolgung innerhalb des israelischen Militärs fände selten statt. Erst eine Woche zuvor veröffentlichte eine israelische Menschenrechtsorganisation einen Bericht, demzufolge israelische Militärs, denen innerhalb der letzten fünf Jahre in 1.260 Fällen die Schädigung palästinensischer Personen aus dem Westjordanland oder dem Gazastreifen vorgeworfen wurde, in weniger als 1 % der Fälle angeklagt wurden. Menschenrechtsorganisationen bemängeln bereits seit Jahren die vermeintliche Straffreiheit, mit der das israelische Militär agieren könnten.

Israel: Drei Polizisten bei Angriff mit Fahrzeug verletzt

Am 23.12.22 erschossen Angehörige der Polizei einen arabischen Israeli als er sein Auto auf die Sicherheitskräfte lenkte und dabei drei Polizisten verletzte.

Republik Kongo

Abschaltung eines privaten Fernsehsenders wegen Ausstrahlung politisch oppositionellen Inhalts

Die kongolesische Medienregulierungsbehörde suspendierte am 21.12.22 den Privatsender Vox TV, weil dieser Äußerungen eines Oppositionspolitikers in einer Endlosschleife abgespielt haben soll, so Radio France Internationale (RFI). Der Oppositionelle habe zwei vormalige oppositionelle Präsidentschaftskandidaten, die 2018 jeweils wegen Gefährdung der inneren Staatssicherheit zu 20 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurden (vgl. BN. v. 11.10.21), als politische Gefangene bezeichnet. Die Medienregulierungsbehörde warf Vox TV vor, mit der Ausstrahlung die öffentliche Ordnung zu stören.

Russische Föderation

Putins Dekret über zusätzliche 137.000 Soldaten in Kraft getreten

Mehr als zehn Monate nach Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine soll sich mit Beginn des neuen Jahres in Russland die Zahl der Militärs um 137.000 Soldaten vergrößern. Ein entsprechendes Dekret über die bereits am 25.08.22 von Präsident Putin angeordnete Erhöhung auf rd. 1,15 Mio. Vertragssoldaten und Wehrdienstleistende trat am 01.01.23 offiziell in Kraft. Demnach soll die zukünftige Armeestärke in den kommenden Jahren insgesamt mehr als zwei Mio. Menschen umfassen. Aus dem von Putin unterzeichneten Dekret ging nicht hervor, ob das Militär auf eine höhere Zahl von Wehrpflichtigen zurückgreifen oder die Zahl der Freiwilligen/Vertragssoldaten erhöhen will – oder beides. Bei den restlichen Militärangehörigen handelt es sich um Zivilpersonal, z. B. Verwaltungsangestellte.

Präsident Putin verschärft Strafen für Sabotage und staatsgefährdende Aktivitäten

In Russland wird die Strafe für Sabotageakte und Unterwanderung der sozialen Ordnung auf bis zu lebenslanger Haft verschärft. Putin hat die entsprechenden Änderungen am 29.12.22 unterzeichnet wie aus der Veröffentlichung auf dem offiziellen Gesetzesportal hervorgeht. Bestraft werden können demnach nicht nur Sabotageakte selbst, sondern auch die Finanzierung, das Werben und die Vorbereitung von Staatsstreichen und anderen subversiven Handlungen. Die Gesetzesverschärfung erfolgt vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Seit Kriegsbeginn Ende Februar 2022 ist es zu einer Reihe von Anschlägen gegen Kreiswehersatzämter und Infrastruktur in Russland gekommen. Speziell nach der von Putin ausgerufenen Mobilmachung im September 2022 hat sich die Zahl der Anschläge erhöht. Insgesamt wurden allein bis November 2022 Angriffe auf mehr als 75 öffentliche Gebäude registriert, davon mehr als 50 Militärkommissariate.

Sambia

Abschaffung der Todesstrafe und des Straftatbestandes der Beleidigung des Präsidenten

Der langjährige Oppositionelle und überraschend von der Bevölkerung im August 2021 zum sambischen Staatspräsidenten gewählte Hakainde Hichilema gab am 23.12.22 ein neues Strafgesetzbuch bekannt, mit dem die Todesstrafe für alle Straftaten sowie der Straftatbestand der Beleidigung des Präsidenten abgeschafft werden soll. Die Todesstrafe wird aufgrund eines Hinrichtungsmoratorium seit 1997 nicht mehr vollstreckt. Laut Amnesty International (ai) wurde das Delikt der Präsidentenbeleidigung bis zuletzt dazu genutzt, um die Meinungsfreiheit zu unterdrücken.

Senegal

ai-Bericht: anhaltende Menschenrechts- und Kinderrechtsverletzungen in Koranschulen

Die NGO Amnesty International (ai) berichtete zuletzt über Menschen- und Kinderrechtsverletzungen an Koranschülerinnen und -schülern im Senegal (sog. „Talibés“). Talibés sahen sich körperlicher und psychischer Gewalt, Missbrauch und Misshandlungen einschließlich Freiheitsentziehungen, Formen der vor allem ökonomischen Ausbeutung, darunter Zwangsbettelei, sowie körperlicher Vernachlässigung und allgemein harten Lebensbedingungen in den Koranschulen ausgesetzt. ai forderte zugunsten von Talibés u.a. einen stärkeren Rechtsrahmen und größere staatliche Anstrengungen einschließlich wirksamer Kinderschutzprogramme sowie eine wirksame Durchsetzung der geltenden Gesetze. Gewalttaten gegen Talibés geschähen häufig in einem Klima der Straflosigkeit, insbesondere aufgrund fehlender Kontrolle der Koranschulen und unzureichender Ressourcen für einen wirksamen Kinderschutz sowie wegen des gesellschaftlichen Status der Koranlehrenden. Die Regierung habe wiederholt bekräftigt, Zwangsbettelei durch Talibés zu beenden und die Lebensbedingungen in den Koranschulen zu verbessern, jedoch seien die unternommenen Anstrengungen bisher unzureichend. Gesellschaftlicher Druck verhindere eine wirksame Durchsetzung der nationalen Gesetze und unterzeichneten internationalen Konventionen zum Schutz der Kinder und ein Entwurf für ein Kindergesetz werde durch konservative Kräfte blockiert. Ein vom Ministerrat im Jahr 2018 bestätigter und bis dato nicht in die Nationalversammlung eingebrachter Gesetzesentwurf über den Status der Koranschulen, der auf deren Integration in das nationale Bildungssystem abzielt, werde von einigen Koranlehrenden abgelehnt und als ein „anti-islamischen Angriff“ bezeichnet, so ai.

Abermals inhaftierter Journalist wegen Hungerstreiks im Krankenhaus

Übereinstimmenden Medienberichten zufolge wurde der wegen Gefährdung der Staatssicherheit und anderer Straftaten angeklagte und am 14.12.22 vorläufig freigelassene regierungskritische Journalist Pape Ale Niang am 19.12.22 abermals festgenommen und anschließend in Haft verbracht (vgl. BN. v. 19.12.22). Niang habe Maßnahmen der richterlichen Aufsicht verletzt, indem er sich anlässlich von Medienauftritten u.a. mit einem Regierungskritiker zum Inhalt des Strafverfahrens geäußert und dem Generaldirektor der Polizei eine tendenziöse Haltung vorgeworfen habe. Niang protestierte abermals gegen die ihm zur Last gelegten Taten mit einem Hungerstreik, weswegen er am 24.12.22 in ein Krankenhaus verbracht worden ist, so einer seiner Anwälte.

Somalia

Somaliland: Prominenter Journalist aus Haft entlassen

Am 22.12.22 wurde der Journalist Abdimaalik Muse Coldoon aus dem Gefängnis in Hargeysa (Somaliland) entlassen. Er wurde im August 2021 inhaftiert und im Februar 2022 vom Regionalgericht Woqooyi Galbeed freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft legte allerdings Berufung dagegen ein. Seine Verhaftung erfolgte, nachdem er das Hargeisa Cultural Center beschuldigt hatte, sich für die Verbreitung des Christentums und für gleichgeschlechtliche Ehe eingesetzt zu haben. Personen, die den Ermittlungen nahestehen, sagten, gegen ihn wurde wegen Verbindungen zu al-Shabaab ermittelt.

Somaliland: Proteste in Las Anod

Bei mehrtägigen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Protestierenden seien Berichten zufolge seit dem 27.12.22 mindestens 20 Personen in Las Anod (Grenzgebiet Puntland) getötet und Dutzende verletzt worden. Die Protestierenden werfen der Regierung Somalilands vor, nicht für die Sicherheit der Zivilpersonen sorgen zu können und fordern eine Verwaltungsübernahme durch das angrenzende Puntland. Auslöser der Proteste sei die Ermordung eines Lokalpolitikers durch Unbekannte am 26.12.22 gewesen.

Pressefreiheit

In ihrer jüngsten Medien-Richtlinie soll die somalische Regierung festgelegt haben, dass lokale Nachrichtenagenturen Inhalte vor Ausstrahlung zur Genehmigung vorlegen müssten. Mehrere Medienunternehmen, darunter die Risala Media Corporation, sollen mündlich dazu aufgefordert worden sein. Im Oktober 2022 wurde im Rahmen der Militäroffensive gegen al-Shabaab ein hartes Durchgreifen gegen Medien angekündigt, die Propagandaberichterstattung im Zusammenhang mit al-Shabaab veröffentlichen (vgl. BN v. 10.10.22). Medienschaffende betrachten die neuen Maßnahmen als weitere Einschränkungen ihrer Unabhängigkeit. Am 22.12.22 wurden der Chefredakteur Mustaf Ali Adow und drei weitere Medienschaffende von Radio Hiiraanweyn im Gliedstaat Hirshabelle festgenommen und der Sender vom Netz genommen, nachdem sie darüber berichteten, dass al-Shabaab ländliche Gebiete angriff, nachdem sich lokale Milizen, die sie bekämpften, wegen Lohnproblemen zurückgezogen haben sollen.

Am 25.12. und 28.12.22 wurden insgesamt fünf Medienschaffende in Adado (Galmudug) und in Mogadishu, darunter Mitarbeitende der Risala Media Corporation, verhaftet und nach mehreren Stunden wieder entlassen. Grund für die Verhaftungen sollen kritische Berichterstattungen gewesen sein, darunter ein Interview mit Clan-Ältesten, die sich zu al-Shabaab geäußert hätten.

US-Drohnenangriff

Am 23.12.22 wurden bei einem Luftangriff des US-Militärs in Adale (Region Middle Shabelle) laut einer Erklärung des US Africa Command (US AFRICOM) mindestens sechs al-Shabaab-Kämpfer getötet. Der Angriff wurde als „Selbstverteidigung“ bezeichnet und soll auf Bitte der somalischen Regierung durchgeführt worden sein. Bei dem Angriff handelt es sich um den dritten Drohnenangriff innerhalb von zehn Tagen. Erst am 22.12.22 teilte die somalische Regierung mit, dass die Region vollständig von al-Shabaab befreit worden sei.

Gewaltsame Zusammenstöße in Baidoa

In Baidoa (Region Bay) kam es am 23.12.22 zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den South West Administration Forces und den South West Security Forces, die die Opposition unterstützen. Milizen sollen sich den Sicherheitskräften angeschlossen haben. Die Spannungen zwischen Oppositionskandidierenden und dem amtierenden South West State (SWS)-Präsidenten Abdiaziz Laftagareen hatten in den letzten Wochen zugenommen, nachdem sich die Oppositionskandidierenden weigerten, die Verlängerung des SWS-Parlaments bis Dezember 2023 anzuerkennen. Die somalische Bundesregierung drängt auf eine Vermittlung zwischen beiden Seiten. Mindestens zehn Personen sollen bei den Zusammenstößen getötet worden sein.

Sudan

Kämpfe in Süddarfur

Nachdem am 21.12.22 sowie den folgenden beiden Tagen, mehrere Dörfer angegriffen wurden, meldete die Polizei am 25.12.22 die Festnahme mehrerer Personen. Bei dem Angriff am 21.11.22 soll es sich um einen Racheakt nach einem Überfall auf arabische Hirten gehandelt haben. Die Angaben der bisherigen Opfer differieren in der medialen Berichterstattung von elf bis 15 Todesopfern, worunter auch Angehörige der Polizei und der Rapid Support Forces (RSF) seien. Zudem sollen zwischen mindestens 30 und 42 Personen verletzt worden sein. Den Berichten zu Folge seien einige Dörfer nahezu vollständig niedergebrannt worden. Während der Kämpfe hätten sich die lokalen Sicherheitskräfte aufgrund der Übermacht der Angreifer kampflös zurückgezogen.

Seit dem 24.12.22 gelten in der betroffenen Region um den Ort Belail, östlich der Stadt Nyala, bis auf weiteres der Ausnahmezustand und eine Ausgangssperre, da die Behörden eine weitere Eskalation befürchten. Bisher seien mehr als 20.000 Menschen vor der eskalierten Gewalt geflohen. Das Amt der Vereinten Nationen für die

Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) spricht von mindestens 16.200 vertriebenen Menschen. Am 29.12.22 soll es in Zalingei zu erneuten Zusammenstößen gekommen sein, bei denen neun Personen getötet worden sein sollen.

Medienberichten zu Folge beschuldigten betroffene Personen aus den angegriffenen Dörfern die RSF, für die Gewalt verantwortlich zu sein und forderten deren Abzug aus der Region. Nach Angaben des Gouverneurs der Region Süddarfur seien derzeit mehr als 400 Angehörige der Polizei, des Geheimdienstes und der RSF im Einsatz, um die Situation unter Kontrolle zu halten.

Südafrika

Wiederwahl Ramaphosas als ANC-Vorsitzender

Auf dem Parteitag der Regierungspartei African National Congress (ANC) wurde Präsident Cyril Ramaphosa trotz der Korruptionsvorwürfe gegen ihn (vgl. BN v. 05.12.22 u. 19.12.22) erneut zum Vorsitzenden der Partei gewählt. ANC hat Ramaphosa damit den Weg für eine zweite Amtszeit als Präsident ab 2024 geebnet.

Südsudan

Kämpfe in Jonglei State

Medienberichten zu Folge kam es aufgrund eines Angriffs Angehöriger der ethnischen Gruppierung Nuer auf Angehörige anderer ethnischer Gruppierungen zu tagelangen Kämpfen und mehr als 50 getöteten Personen sowie mehreren Dutzend Verletzten. Die Kämpfe eskalierten in der Region in und um die Stadt Gumuruk. Der Minister für Information des Bundesstaates Jonglei rief die beteiligten Akteure auf, die Kämpfe zu beenden. Zudem forderte er die Regierung auf, einzugreifen. Der Ursprung der Gewalt in Jonglei State liegt in Kämpfen, die zwischen Angehörigen zweier ethnischer Gruppen (Nuer und Shilluk) im Bundesstaat Upper Nile ausbrachen und sich auch auf die benachbarten Staaten Jonglei und Unity ausbreiteten (vgl. BN v. 12.12.22).

Medienberichten zu Folge kam es im Rahmen der Kämpfe zu Mord, geschlechtsspezifischer Gewalt, Entführungen, Plünderungen und Brandlegung. Aufgrund der unsicheren Lage sei der Zugang zu humanitärer Hilfe stark eingeschränkt. Die vertriebenen Menschen seien demnach mit Nahrungsmitteln, medizinischen Produkten und sanitären Einrichtungen unterversorgt.

Syrien

Deir ez-Zor: Mehrere Tote bei Anschlag auf Personenbus

Einer Stellungnahme des syrischen Ministeriums für Mineralöl zufolge sind am 30.12.22 bei einem Raketenbeschuss auf einen Bus nahe des al-Taym Gasfeldes in Deir ez-Zor mindestens zehn Angestellte des Betriebes getötet worden. Die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) machte den IS für die Tat verantwortlich. SOHR zufolge waren zudem mindestens zwölf Personen ums Leben gekommen.

SDF: Neujahrsanschlag durch IS vereitelt

Einer Stellungnahme der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) zufolge konnten nach großangelegten Durchsuchungen am 30.12.22 insgesamt 52 mutmaßliche IS-Kämpfer verhaftet werden. Die Verdächtigten sollen sich in Wohngebieten und Bauernhöfen versteckt und dort an den Vorbereitungen für einen Anschlag zum Jahreswechsel gearbeitet haben.

Bereits am Tag zuvor hatte die SDF-Führung eine Operation in Reaktion auf eine Zunahme in Angriffen des sog. IS angekündigt. Insbesondere Schläferzellen in al-Hol und in der nahegelegenen Gegend um Tal Hamis standen demnach im Fokus.

Raqqa: IS greift Stellungen der SDF an

Die SDF meldeten am 26.12.22 einen Angriff durch mehrere IS-Kämpfer auf Einrichtungen der Sicherheitskräfte in der Hauptstadt des gleichnamigen Gouvernements. Demnach sollen sechs Angehörige der kurdisch geführten

Sicherheitskräfte getötet und mehrere weitere verletzt worden sein. Sie seien von fünf IS-Kämpfern angegriffen worden, von denen zwei einen Sprengstoffgürtel getragen hätten.

SOHR zufolge habe der Angriff unter anderem auch einem Gefängnis gegolten, in dem etwa 200 mutmaßliche IS-Anhänger inhaftiert sein sollen. SOHR zählte damit bereits den 16. Angriff im Dezember 2022, der von sog. IS-Schläferzellen in den Gebieten unter der Kontrolle der SDF ausgeübt wurde.

Damaskus: Betrieb des internationalen Flughafens nach Luftschlägen eingestellt

Am frühen Morgen des 02.01.23 wurde der internationale Damaszener Flughafen von mehreren Raketen getroffen, welche Materialschäden und die vollständige Einstellung des Betriebs verursachten. Offiziellen Stellungnahmen des syrischen Militärs zufolge wurden dabei zwei Soldaten getötet sowie zwei weitere verwundet. SOHR berichtete es hätte sich um israelische Raketen gehandelt, welche auf den Flughafen sowie ein nahegelegenes Waffenlager abzielten. Das israelische Militär nimmt grundsätzlich keine Stellung zu Militäroperationen, sodass in der Regel keine offizielle Bestätigung oder Richtigstellung erfolgen. In der Vergangenheit gaben israelische Stellen allerdings bekannt, dass Luftschläge sich vor allem gegen durch den Iran gestützte Milizen, wie bspw. Hisbollah, richten würden. Wie lange der Flughafenbetrieb gestört sein würde, war zunächst nicht klar. Es handelt sich bereits um die zweite durch vermutlich israelische Raketen verursachte Schließung des Flughafens in den vergangenen sechs Monaten (vgl. BN v. 13.06.22).

Togo

Umstrukturierung der Sicherheitsbehörden

Präsident Faure Gnassingbé hat den Stabschef der Streitkräfte ausgetauscht und die Ministerin für die Streitkräfte entlassen. Das geht aus Medienberichten hervor, die sich auf Angaben Gnassingbés vom 22.12.22 beziehen. Auch werde das Streitkräfte-Ministerium nun wieder direkt der Präsidentschaft angegliedert. Beobachterinnen und Beobachter gehen davon aus, dass die Maßnahmen mit der Verschlechterung der Sicherheitslage im Norden des Landes in Zusammenhang stehen. Die Grenzregionen zu Burkina Faso sind seit über einem Jahr Ziel wiederholter Angriffe (vgl. BN v. 06.12.22) und seit Juni 2022 gilt für die Region Savanes ein Sicherheitsnotstand (vgl. BN v. 20.06.22). In den Küstenstaaten Togo, Benin, Ghana und Côte d'Ivoire wird befürchtet, vornehmlich in Burkina Faso, Mali und Niger aktive extremistische Gruppen könnten ihren Aktionsradius auf ihre Staatsgebiete ausdehnen.

Türkei

Verhaftung von DBP-Vorsitzenden

Am 27.12.22 wurde berichtet, dass ein Gericht die Haft von zwei Vorsitzenden der pro-kurdischen Partei der Demokratischen Regionen (DBP), Keskin Bayındır und Hayrettin Altun, in der Provinz Diyarbakır angeordnet hat. Ihnen wird die „Mitgliedschaft in einer bewaffneten terroristischen Organisation“ vorgeworfen. Die Verhaftungen erfolgten, nachdem die türkische Polizei zuvor bei gleichzeitigen Razzien in DBP-Gebäuden und an anderen Orten in zehn Provinzen, darunter Istanbul, Ankara und Diyarbakır, 14 Mitglieder der Partei vorübergehend festgenommen hatte. Nach ihren Aussagen bei der Staatsanwaltschaft wurden die Vorsitzenden in der Provinz Diyarbakır nach ihrer Verhaftung vor Gericht gestellt, während die anderen Verdächtigen bis zum Prozess unter richterlicher Aufsicht freigelassen wurden. Den Parteifunktionären werden Verbindungen zur PKK vorgeworfen.

Femizide

Am 30.12.22 wurde berichtet, dass laut der Organisation „We Will Stop Femicide“ im Jahr 2022 mindestens 392 Frauen von Männern ermordet wurden und 226 Frauen unter verdächtigen Umständen starben. Die Anzahl der Femizide stieg damit im Vergleich zum Jahr 2021 in dem 280 Frauen von Männern ermordet wurden und 217 Frauen unter verdächtigen Umständen starben.

Verhaftungen wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen

Am 01.01.23 haben Sicherheitskräfte bei Razzien im Südosten der Türkei in der Provinz Hatay 33 Personen festgenommen. Ihnen wird die Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen vorgeworfen. Bei 16 der

festgenommenen Personen soll es sich um mutmaßliche Mitglieder der PKK handeln, während weitere 17 Personen dem IS angehören sollen.

Tunesien

Verlängerung des Ausnahmezustandes

Laut tunesischem Amtsblatt (Journal Officiel de la République Tunesienne - JORT) hat Staatspräsident Kais Saied den Ausnahmezustand bis zum 30.01.23 verlängert. Dieser ermöglicht den Behörden unabhängig von der Justiz zusätzliche Befugnisse, wie bspw. das Verbot offizieller Versammlungen oder Hausarreste zu verhängen oder Medien und Presse zu kontrollieren.

Offizielles Wahlergebnis verkündet – Kritik an Wahlbehörde

Laut offiziellen Angaben der Obersten Unabhängigen Wahlbehörde (ISIE) nahmen 11,22 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger an der Parlamentswahl am 17.12.22 (vgl. BN v. 19.12.22) teil. Bei der Wahl, bei der nicht über Parteien, sondern einzelne Kandidierende abgestimmt werden konnte, setzten sich nur 21 Personen durch. Für den 20.01.23 ist daher eine Stichwahl angesetzt, die 131 der insgesamt 161 Wahlkreise betreffen wird. Die endgültigen Ergebnisse sollen am 03.03.23 bekanntgegeben werden.

Im Zuge der Wahl warfen tunesische Menschenrechtsgruppen der Wahlbehörde am 27.12.22 die Bedrohung der Pressefreiheit vor. Die ISIE greife die Meinungsfreiheit an, betreibe Zensur von Medienorganisationen und verletze damit das Gesetz, da sie vergangene Woche Klage gegen mehrere Bloggende und Medien wegen angeblicher Vergehen während eines Referendums über eine neue Verfassung eingereicht hatte. Am 29.12.22 protestierten daher Journalismustreibende gegen die ihrer Meinung nach wachsende Repression und Einschüchterung der Presse seit der Machtergreifung von Präsident Kais Saied am 25.07.21 (vgl. BN v. 26.07.21). Die Demonstration wurde von der nationalen Journalismusgewerkschaft SNJT organisiert.

Ukraine

Entwicklung der Kampfhandlungen

Im Zeitraum 29.12.22 bis 01.01.23 kam es in der Ukraine erneut zu massiven Raketenangriffen durch die russischen Streitkräfte. Auch der Westen des Landes war von Einschlägen betroffen, insbesondere die Oblaste Lviv und Ivano-Frankivsk. Zwar wurden gemäß Angaben der ukrainischen Streitkräfte ein Großteil der Raketen abgefangen. Die Angriffe, welche sich vornehmlich gegen die ukrainische Energieinfrastruktur richteten, führten allerdings erneut zu massiven Strom- und Wasserausfällen in Teilen des Landes. Wohngebäude wurden ebenfalls getroffen, Zivilpersonen verletzt. Die russischen Streitkräfte setzen indessen ihre Bemühungen fort, in Richtung Bakhmut und Awdijiwka vorzustoßen. Gemäß ukrainischen Angaben sei es der ukrainischen Armee gelungen, weiter in Richtung der Stadt Kreminna vorzurücken, welche für die russischen Streitkräfte von großer strategischer Bedeutung ist.

Neues Mediengesetz

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskij hat am 29.12.22 ein neues Mediengesetz unterzeichnet, welches in drei Monaten in Kraft tritt. Das neue Gesetz verleiht dem Nationalen Fernseh- und Rundfunkrat mehr Befugnisse und Aufgaben. So wurde ihm beispielsweise das Recht eingeräumt, die Verbreitung von nicht registrierten Online-Medien ohne Gerichtsbeschluss vorübergehend zu verbieten. Das neue Gesetz sieht zudem vor, dass der Nationale Fernseh- und Rundfunkrat die Registrierung von Medien aufhebt, deren Eigentümerinnen und Eigentümer Verbindungen zu Russland aufweisen. Das Gesetz wird von kritischen Stimmen als Übergriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit wahrgenommen, von Befürworterinnen und Befürwortern hingegen mitunter als notwendige Maßnahme zur Erfüllung von Anforderungen an die Medienregulierung im Rahmen der Europäischen Integration.

Venezuela

Oppositionsparteien stimmen für Absetzung der Interimsregierung Juan Guaidós

Die Deligierten der venezolanischen Oppositionsparteien Primero Justicia, Acción Democrática und Un Nuevo Tiempo haben sich mit Ausnahme von Guaidós Partei Voluntad Popular mehrheitlich in zwei Wahlrunden für einen Gesetzesentwurf zur Absetzung der Interimsregierung von Juan Guaidó sowie für den Einsatz einer fünfköpfigen Kommission zur Verwaltung der venezolanischen Vermögenswerte im Ausland, darunter u.a. auch die Ö raffinerie Citgo, ausgesprochen. Damit stimmten sie der Reform des Statuts, welches die Transition zur Demokratie regeln soll (Estatuto de Transición a la Democracia) mit 79 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und acht Enthaltungen zu. Ziel dieses Schrittes der Opposition sei es, für die 2024 stattfindenden Wahlen als einheitliche Alternative zu Staatspräsident Maduro mit neuer Strategie aufzutreten. Laut den Ergebnissen einer Studie der Andres Bello Universität von November 2022 planten nur etwa sechs Prozent der Venezolanerinnen und Venezolaner bei einer Teilnahme Guaidós an Vorwahlen für diesen abzustimmen, andere Oppositionsführende waren beliebter; viele Menschen im Land sind zudem enttäuscht von den Ergebnissen der Interimsregierung Guaidós, die in den letzten Jahren auch von vielen Regierungen im Ausland nicht mehr unterstützt worden ist.

Migration: 7,1 Mio. Menschen geflohen, über 70 Tote auf Migrationsrouten

Laut Angaben des Beauftragten der Opposition für Migrationsfragen David Smolansky sind 2022 mindestens 71 venezolanische Staatsangehörige auf Migrationsrouten zu Tode gekommen, darunter u.a. 21 Personen im Darién Gap zwischen Kolumbien und Panama sowie 18 Personen auf Routen in Mittelamerika und Mexiko. Laut Angaben der gemeinsamen Koordinationsplattform unter Führung von UNHCR und IOM sind bis Dezember 2022 insgesamt 7,1 Mio. Menschen aus Venezuela geflüchtet. Die Ankünfte venezolanischer Staatsangehöriger an der US-Südgrenze hatten zuletzt Medienberichten zufolge allerdings im Rahmen einer Reform der Einreisebedingungen inklusive Einführung eines Programms mit humanitären Aufenthaltstiteln nachgelassen.

Vietnam

Fünf Jahre Haft wegen kritischer Facebook-Posts

Am 26.12.22 verurteilte ein Gericht den Blogger und Menschenrechtsaktivisten Nguyen Nhu Phuong (auch bekannt als Phuong Hang Nhat) zu fünf Jahren Haft und drei Jahren Bewährung wegen staatsfeindlicher Aktivitäten gemäß Art. 117 des Strafgesetzbuches. Phuong hatte auf seinen Facebook-Accounts regelmäßig auf politische und soziale Themen aufmerksam gemacht. Zu seiner Verhaftung hatte das Teilen einer Audiodatei im Oktober 2021 geführt, in welcher der Polizeichef der Provinz An Giang darüber spricht, wie er sich dem Befehl seines Vorgesetzten widersetze und Wanderarbeiterinnen und -arbeiter nach monatelangen COVID-19-bedingten Abriegelungsmaßnahmen in ihre Heimatorte zurückkehren ließ. Staatsmedien zufolge sei die Aufnahme gefälscht und stelle einen Versuch dar, zur Opposition gegen die Partei und den Staat aufzustacheln.